



Putins Jahrespressekonferenz 2024

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Januar 2025

Zusammenfassung

Auf seiner jährlichen Pressekonferenz hat sich der russische Präsident Wladimir Putin außenpolitisch zu Syrien, zur Ukraine, zu Trump und zu China geäußert. - Die Analyse der russischen Wirtschaft für 2025 kommt zu dem Ergebnis, dass zwar Geld vorhanden ist, um den Krieg noch weitere zwölf Monate führen zu können. Die Stagflation, die Kombination von steigenden Preisen und einer sich verlangsamenden Wirtschaft, wird jedoch immer deutlicher werden. - Eine unabhängige Meinungsbefragung im Oktober 2024 in Russland ergab, dass 36 Prozent der Befragten für eine Fortführung der Kampfhandlungen sind, aber 55 Prozent für die Aufnahme von Friedensverhandlungen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 19. Dezember 2024 hielt der russische Präsident Wladimir Putin seine jährliche, die 21. Pressekonferenz ab, diesmal verbunden mit seiner jährlichen Telefonkonferenz, bei der die Bevölkerung Fragen an ihn richten kann. Insgesamt liefen über 2.200.000 Fragen im Kreml ein, von denen Putin in viereinhalb Stunden siebzig beantwortete.¹

Ausgewählte Aussagen des Präsidenten

Wirtschaft

„Letztes Jahr betrug unser Wirtschaftswachstum, wie Sie wissen, 3,6 Prozent, dieses Jahr werden es 3,9 sein, vielleicht sogar vier ... Das bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum über zwei Jahre hinweg etwa 8 Prozent betrug.“

Syrien

„Sie ... wollen alles, was in Syrien geschieht, als eine Art Misserfolg, als eine Niederlage Russlands darstellen. Ich versichere Ihnen, dass dies nicht der Fall ist. Und ich sage Ihnen warum. Schließlich sind wir vor zehn Jahren nach Syrien gekommen, damit dort keine terroristische Enklave entsteht, wie wir sie in einigen anderen Ländern, beispielsweise in Afghanistan, beobachtet haben. Insgesamt haben wir unser Ziel erreicht.“

„Wenn uns zum Beispiel früher dieselben iranischen Freunde gebeten haben, ihnen beim Umzug ihrer Einheiten auf syrisches Territorium zu helfen, haben sie uns jetzt gebeten, sie von dort abziehen. Wir haben 4.000 iranische Kämpfer vom Stützpunkt Khmeimim nach Teheran gebracht. Einige der sogenannten pro-iranischen Einheiten gingen kampfflos in den Libanon, andere in den Irak.“

„Ehrlich gesagt, habe ich Präsident Assad seit seiner Ankunft in Moskau noch nicht gesehen. Aber ich habe es vor, ich werde auf jeden Fall mit ihm reden.“

Trump

„Erstens weiß ich nicht, wann wir ihn treffen werden, da er nichts dazu sagt. Ich habe seit über vier Jahren überhaupt nicht mit ihm gesprochen. Dazu bin ich selbstverständlich jederzeit bereit und auch zu einem Treffen, wenn er es wünscht.“

Ukraine

„Und wir haben immer gesagt, dass wir zu Verhandlungen und Kompromissen bereit sind. Es ist nur so, dass die andere Seite sich im wörtlichen und übertragenen Sinne des Wortes geweigert hat zu verhandeln. Und dafür sind wir immer bereit. Das Ergebnis dieser Verhandlungen sind immer Kompromisse. Schließlich haben wir Ende 2022 in Istanbul im Wesentlichen eine Einigung erzielt. Ich wiederhole es zum hundertsten Mal: Die ukrainische Seite hat dieses Dokument paraphiert, was bedeutet, dass sie im Großen und Ganzen damit einverstanden war. Dann weigerte sie sich aus irgendeinem Grund? Warum ist klar. Denn Ihr Verbündeter, Herr Johnson, ein Typ mit einem guten Haarschnitt, kam und sagte, dass sie bis zum letzten Ukrainer kämpfen müssen. Hier führen sie Krieg. Bald wird es mit diesen Ukrainern, die kämpfen wollen, ein Ende haben. Meiner Meinung nach wird es bald

¹ <http://www.kremlin.ru/events/president/news/75909>

niemanden mehr geben, der kämpfen will. Wir sind bereit, aber das Land muss zu Verhandlungen und Kompromissen bereit sein.“

Kommentar: In dem Artikel 5 des ukrainischen Vorschlags, der bewusst an Artikel 5 des NATO-Vertrags (Beistandsartikel) erinnern sollte, wurde ein Mechanismus beschrieben, bei dem andere Länder militärisch eingreifen würden, sollte die Ukraine erneut angegriffen werden, der Kern eines möglichen Friedensabkommens aus ukrainischer Sicht. Als mögliche Garantiemächte wurden Großbritannien, China, Russland, die USA, Frankreich, die Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel genannt. Bei seinem Besuch am 4. April 2022 in Butscha sagte Selenskij, dass die Gespräche mit Moskau fortgesetzt würden, obwohl Russland die Gräueltaten von Butscha als inszenierte „Provokation“ abgetan hatte. Kurz danach fügte Russland eine Klausel ein, wonach alle Garantiestaaten, darunter auch Russland, der Reaktion im Falle eines Angriffs auf die Ukraine zustimmen müssten. Das lehnte Kiew ab, denn so könnte Russland bei seinem erneuten militärischen Angriff der Ukraine jede militärische Intervention von Garantiestaaten in der Ukraine mit seinem Veto blockieren.

„Nun die Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen. Wir haben keine Vorbedingungen. Wir sind bereit, einen Dialog ohne Vorbedingungen zu führen. Aber auf der Grundlage dessen, worauf wir uns geeinigt haben, habe ich bereits hundertmal gesagt, während des Verhandlungsprozesses in Istanbul Ende 2022 und basierend auf den Realitäten, die sich heute auf der Erde entwickeln... Wenn jemand zur Wahl geht und Legitimität erlangt, werden wir mit jedem reden, auch mit Selenskij. Wenn die Ukraine nun wirklich den Weg einer friedlichen Lösung beschreiten will, ist sie dazu natürlich in der Lage. Sie können diesen Prozess innerhalb der Ukraine nach ihren Wünschen gestalten. Wir können einfach nur mit denen unterschreiben, die legitim sind, und die Rada und der Vorsitzende der Rada sind legitim.“

„Wir brauchen keinen Waffenstillstand – wir brauchen Frieden: langfristig, dauerhaft, abgesichert durch Garantien für die Russische Föderation und ihre Bürger. Es ist eine schwierige Frage, wie diese Garantien bereitgestellt werden können, aber im Allgemeinen ist eine Suche möglich.“

China

„Nach verschiedenen Schätzungen sind es 220 bis 230, nach chinesischen Statistiken bis zu 240 Milliarden Dollar. Wenn wir in Dollaräquivalenten sprechen, ist der Umsatz ein sehr guter Umsatz. Im vergangenen Jahr geht das Wachstum trotz einer so guten, großen Basis weiter, es ist moderat, meiner Meinung nach wird es 3 Prozent Wachstum geben, aber es gibt auch Wachstum. Erster Teil. Die zweite ist die Investitionstätigkeit. Wir haben fast 600 Projekte für gemeinsame Investitionen in Höhe von 200 Milliarden Dollar. Was bedeutet das? Dies deutet darauf hin, dass die Zukunft sicher ist.“

Kommentar

Laut Tatjana Stanowaja vom Carnegie Russia Eurasia Center habe sich Putin „selbstbewusster als je zuvor“ gezeigt, was seine historische Mission angeht und seine Fähigkeit, den Krieg in der Ukraine zu beenden.² Sein Hauptanliegen scheine zu sein, dass ihm ein internationaler Gesprächspartner fehle, mit dem er über die Zukunft der Ukraine, die Sicherheit der Welt und andere strategische Fragen diskutieren könne. Er glaube, dass die Ukraine den Krieg bereits verloren habe und Kiew keine Ressourcen mehr habe, um den Kampf fortsetzen zu

² <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2024/12/putin-press-conference-2024?lang=en>



können. Gleichzeitig scheine er enttäuscht darüber zu sein, dass die militärischen Erfolge Russlands „seinen Feind noch nicht an den Verhandlungstisch gezwungen“ hätten.

Der russische Präsident habe sich wiederholt über europäische Länder beschwert, die, wie er sagte, ihre Eigenstaatlichkeit und nationale Identität verloren hätten. Die Europäer – insbesondere die Deutschen – hätten „die Souveränität in ihren Herzen“ verloren. Er sagte einen weiteren Niedergang und eine weitere Degradierung des Kontinents voraus. Und er erinnerte sich wehmütig an den „Universalgelehrten“, den ehemaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac, die „internationale Persönlichkeit“ des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl und den „herzlichen und energischen“ verstorbenen italienischen Staatschef Silvio Berlusconi. Für Putin seien diese europäischen Staats- und Regierungschefs der aktuellen Riege weit überlegen. Und er glaube, dass selbst die konservativen Parteien, die heute die Europawahlen gewinnen, zu schwach seien, um etwas gegen die seiner Meinung nach vollständige Abhängigkeit des Kontinents von den Vereinigten Staaten zu unternehmen.

Auch in der Ukraine habe er niemanden, mit dem er reden könne. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij und „alle seine Amtsinhaber“ betrachte er als illegitim. Zwei Vorschläge seien für Moskau akzeptabel: Wenn die Verhandlungen jetzt begännen, könne die Ukraine durch die Werchowna Rada, das Parlament, vertreten werden. Wenn sie später begännen, wäre Russland bereit, mit einem neuen ukrainischen Präsidenten zu verhandeln.

Putin habe sich nicht darauf erpicht gezeigt, ein „Ende der Kämpfe in der Ukraine anzustreben, da ein Waffenstillstand, selbst wenn er nur ein paar Tage dauern würde, der Ukraine nur die Möglichkeit geben würde, ihre *Position* zu festigen“. Möglicherweise glaube Putin, dass Trump seine Position erst noch festlegen müsse. Trump strebe nur nach einem „leichten Sieg“. Putin gehe es weniger um die Eroberung ukrainischen Territoriums als vielmehr um den „Zusammenbruch des ukrainischen Staates und der herrschenden Elite“.

Weiterführende Analysen

Wirtschaft

Alexandra Prokopenko, von 2017 bis 2022 Beraterin der russischen Zentralbank, jetzt „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)“ in Berlin, und Alexandr Kolyandr vom „Center for European Policy Analysis (CEPA)“ analysierten am 20. Dezember 2024, dass der „Kreml trotz größter Anstrengungen nicht in der Lage war, gleichzeitig seinen Krieg in der Ukraine zu führen, Sozial- und Infrastrukturprojekte zu finanzieren und die Inflation und den Rubel unter Kontrolle zu halten.“ Die Wirtschaft sei in diesem Jahr „an ihre Grenzen“ gestoßen: „Es gibt keine freien Industriekapazitäten mehr, es gibt keine Arbeitskräfte mehr, und die Exporte werden durch die westlichen Sanktionen gedrosselt.“³

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verlangsamt sich derzeit, während die Inflation steigt. Die Quartalszahlen würden darauf hindeuten, dass das Gesamtwachstum in diesem Jahr bis zu 4 % betragen könnte. Im nächsten Jahr werde erwartet, dass sich das Wachstum weiter verlangsamen werde, bis es sich bei unter 1,5 % einpendele. Die durch die Ausgaben angeheizte Nachfrage übersteige das Angebot, was die Preise unaufhaltsam in die Höhe getrieben habe. In der dritten Dezemberwoche habe die jährliche Inflation bei 9,5 % gelegen und damit deutlich über der jüngsten Prognose der Zentralbank von maximal 8,5 %.

³ <https://en.thebell.io/the-russian-economy-in-9-graphs/>



Zwischen Dezember 2023 und Juli 2024 hätten die Zinssätze in Russland bei 16 % gelegen. Seitdem habe die Inflation die Regulierungsbehörde jedoch dazu gezwungen, die Zinssätze wiederholt zu erhöhen, bis sie im Oktober 2024 21 Prozent erreichten, ein postsowjetischer Rekord. Der Krieg entziehe der russischen Wirtschaft weiterhin Ressourcen. Wie in den vergangenen Kriegsjahren würden die Streitkräfte auch 2025 den größten Einzelposten der Staatsausgaben ausmachen. Allein die Ausgaben für nationale Verteidigung und Sicherheit würden mehr als 8 % des BIP betragen, ebenfalls ein postsowjetischer Rekord.

Die größte strukturelle Einschränkung für die russische Wirtschaft sei der Arbeitskräftemangel. Russland habe bereits vor seiner groß angelegten Invasion in die Ukraine 2022 demografische Probleme gehabt, die sich seitdem jedoch nur noch verschlimmert hätten. Ein Teil der potenziellen Arbeitskräfte sei an die Front gegangen; Hunderttausende von Männern seien getötet und verwundet worden. Und fast eine Million Menschen hätten Russland verlassen, weil sie gegen den Krieg seien.

In der letzten Novemberwoche 2024 habe die russische Währung einen dramatischen Einbruch erlebt und fast 25 % gegenüber ihren Höchstständen im Sommer verloren. Die Behörden hätten nicht viele Mittel, um dieses Problem anzugehen: Die Hälfte der russischen Goldreserven sei durch Sanktionen eingefroren, und der Rest könnte durchaus benötigt werden, um Bedrohungen der Finanzstabilität abzuwehren. Der Nationale Wohlfahrtsfonds enthalte relativ wenig liquide Mittel.

Die russische Wirtschaft werde 2025 eine fragile Wirtschaft sein. Es sei Geld vorhanden, um den Krieg noch weitere zwölf Monate lang zu führen. Die Stagflation, eine schmerzhaft Kombination von steigenden Preisen und einer sich verlangsamenden Wirtschaft, werde immer deutlicher.

Kriegswahrnehmung

Die russische Soziologin Jelena Konjewa analysierte im Dezember 2024, dass bei der russischen Bevölkerung die Wahrnehmung des Krieges eine Entwicklung durchlaufen habe vom anfänglichen Schock über eine Euphorie zur Angst, ausgelöst durch die Mobilmachung im September 2022.⁴ Im Jahr 2023 sei der Krieg aus zweierlei Gründen zur Routine und marginalisiert worden: einerseits aus Angst und Hilflosigkeit der Menschen, andererseits finde der Krieg in einem anderen Land statt.

Infolge der verhinderten Kandidatur von zwei kriegskritischen Kandidaten zur Präsidentenwahl im Frühjahr 2024 sei die Unterstützung des Kriegs in den Umfragen – immer Telefoninterviews nach Zufallsauswahl – im Februar 2024 von 55-56 % auf 46 % zurückgegangen. Dabei sei aufgefallen, dass „Menschen mit geringem materiellem Status in geringerem Maße die ‚militärische Spezialoperation‘ unterstützen als wohlhabendere“.

Ein grundlegend neuer Faktor bei der Wahrnehmung des Krieges sei der Vorstoß der ukrainischen Streitkräfte in das Gebiet Kursk gewesen. Für viele Russen sei das ein „unentrinnbarer Beleg für die Schwäche der russischen Armee“. Für die Menschen in Russland könne das russische Vorrücken im Donbass nicht den Verlust im Gebiet Kursk aufwiegen. 53 % hätten die „Rückgewinnung der russischen Gebiete“ gewollt, aber nur 15 % einen Sieg jenseits der Grenzen Russlands.

Bezüglich der Inhalte bei Friedensverhandlungen würden sich nur 26 % für eine Beibehaltung der von Russland in der Ukraine besetzten Gebiete entscheiden. Dem stünden 46 % gegenüber, die in einem Frieden einwilligen würden, wenn die Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichten würde.

⁴ <https://laender-analysen.de/russland-analysen/458/russlandanalysen458.pdf>



Dass krenlkritische Lewada-Zentrum veröffentlichte am 6. November 2024 folgendes Ergebnis einer repräsentativen Umfrage vom 24. bis 30. Oktober 2024 in Russland⁵: 24 % waren dafür, dass die Kampfhandlungen unbedingt fortgeführt werden sollten; 12 % waren auch dafür, aber nicht unbedingt; 24 % meinten, dass Friedensverhandlungen unbedingt begonnen werden sollten; 31 % vertraten die Meinung, dass diese Friedensverhandlungen nicht unbedingt begonnen werden sollten. Wird bei dem Zustimmungsgrad nicht unterschieden, dann ergibt sich, dass 36 % der Befragten für eine Fortführung der Kampfhandlungen sind, aber 55 % für die Aufnahme von Friedensverhandlungen, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

„Wie ein unbegrenztes Russland den Westen herausfordern wird“

Unter diesem Untertitel veröffentlichten Andrea Kendall-Taylor (Direktorin des Transatlantic Security Program am Center for a New American Security) und Michael Kofman (Carnegie Endowment for International Peace) in der Januar/Februar-Nummer 2025 von *Foreign Affairs* eine Analyse über Putin.⁶ „Es gibt kein Zurück: Putin hat die russische Gesellschaft, Wirtschaft und Außenpolitik bereits umgestaltet, um den Kreml für den Kampf gegen den Westen besser aufzustellen.“ Russlands Verteidigungsausgaben würden ihren höchsten Stand seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erreichen: Im Haushalt 2025 seien 145 Mrd. Dollar vorgesehen, das entspräche 6,3 % des BIP und sei mehr als das Doppelte der 66 Mrd. Dollar, die Russland 2021 – im Jahr vor der Ukraine-Invasion – für die Verteidigung veranschlagt hatte. Tatsächlich würden diese 8 % des BIP übersteigen, wenn andere inoffizielle Formen von Verteidigungsausgaben in den Ausgaben berücksichtigt würden.

Nach dem Ende der Kämpfe in der Ukraine werde Putin wahrscheinlich versuchen, die Fortsetzung der Kriegswirtschaft zu rechtfertigen. Auch die russische Außenpolitik verändere sich auf eine Weise, die nur schwer rückgängig zu machen sein werde. Durch die Zusammenarbeit mit China, dem Iran und Nordkorea befinde sich Russland in einer besseren Position, um einen langfristigen Wettbewerb mit den USA und deren Verbündeten aufrechterhalten zu können.

Sollte der Kreml kalkulieren, dass Washington Europa nicht zur Hilfe kommen würde oder könnte, und dass Europa allein nicht in der Lage wäre zu siegen, dann könnte Moskau ein Land an der Ostflanke der NATO ins Visier nehmen und die NATO zu einer Reaktion herausfordern. Die Konfrontation mit Russland würde in Europa am heftigsten ausgetragen werden, doch die Herausforderung durch Moskau sei globaler Natur. Russland sei eine „Macht im Niedergang, aber sein Konfliktpotential bleibt beträchtlich“.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

⁵ <https://www.levada.ru/2024/11/06/konflikt-s-ukrainoj-vnimanie-podderzhka-otnoshenie-k-mirnym-peregovoram-i-k-sluzhbe-pokontraktu-v-oktyabre-2024-goda/>

⁶ <https://www.foreignaffairs.com/russia/putins-point-no-return>



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Professor für Politikwissenschaft an der RPTU Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des West-Ost Institut Berlin.

